

Sozialethische Arbeitspapiere

des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften

ICS AP Nr. 4

Judith Urselmann & Marianne Heimbach-Steins

MIGRATION UND STADT

Eine sozialethische Skizze

September 2016



Institut für Christliche Sozialwissenschaften
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Hüfferstr. 27
48149 Münster
Telefon: 0251/83-32640
Fax: 0251/83-30041
Email: ics@uni-muenster.de
Internet: www.uni-muenster.de/FB2/ics/

© 2016 Institut für Christliche Sozialwissenschaften Münster
ISSN (Print) 2510-1749
ISSN (Online) 2510-1757

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Migration und Stadt – Daten und Hintergründe	1
2.1	Migration	2
2.2	Migrationsziel Deutschland	3
2.3	Stadt und Verstädterung (Urbanisierung)	4
3	Stadt als Raum	6
3.1	Stadt als Ungleichheitsraum	8
3.2	Stadt als Möglichkeitsraum	13
4	Ausblick: Sozialethische Impulse für einen problembezogenen Umgang mit Stadtraum und Migration	16
 Anhang		
	<i>Literatur</i>	19
	<i>Die Autorinnen</i>	21
	<i>Bisher erschienene Sozialethische Arbeitspapiere</i>	21

1 Einleitung

Für die Entwicklung moderner Städte ist Migration ein wesentlicher Wachstumsfaktor. Zugleich sind Städte die zentralen sozialen, ökonomischen und kulturellen Kontexte für die Integration von Migrant_innen. Die moderne Stadt ist der Spiegel einer „Welt in Bewegung“ – „Migropolis“ (vgl. Scheppe u. a. 2009).

Städte wachsen zu einem großen Teil ungeplant und ungeordnet. In moderner Stadtplanung und *urban governance* spielt der Faktor Migration bisher auch nur selten eine tragende Rolle (vgl. WMR 2015). Die Vernachlässigung dieses Zusammenhangs geht zu Lasten der Migrantinnen und Migranten und zu Lasten der aufnehmenden (Stadt-)Gesellschaften. Die Herausforderungen einer zunehmend durch kulturelle Heterogenität und soziale Disparität geprägten (Stadt-)Gesellschaft werden unterschätzt; Bedürfnisse und Potentiale der Zuwandernden werden häufig ignoriert, vernachlässigt oder sogar zurückgewiesen. Die Wechselwirkungen zwischen Migration und Urbanisierung zu missachten, verschärft soziale Ungerechtigkeit (durch mangelnden Ressourcenzugang und fehlende Beteiligungsmöglichkeiten; daraus folgt ein Mangel an Anerkennung und Befähigung von Zuwandernden). Die Wirkungen einer für Migration blinden Stadtpolitik müssten kontext-, gruppen- und genderspezifisch genau studiert werden. Dazu gehört, die Stadt als lebendigen sozialen Raum zu entschlüsseln. Es gibt verschiedene Zugänge zur Stadt als Raum. Mit dem sogenannten *spatial turn* geschieht eine Hinwendung zum Raum als relationalem Gebilde. Der Raum wird stärker als Netzwerk verstanden und weniger als eine Art Container, womit die Menschen, die in ihm leben, in den Vordergrund der Betrachtung rücken.

2 Migration und Stadt – Daten und Hintergründe

Die Zusammenhänge von Migration, Stadt und Urbanisierung soziolethisch zu reflektieren, ist herausfordernd. Die Schwierigkeiten beginnen schon damit, dass die Begriffe *Migration*, *Stadt* und *Urbanisierung* komplexe und keineswegs eindeutige Sachverhalte aufrufen. Daher sollen im ersten Schritt die dahinterliegenden Konzepte vorgestellt werden (vgl. zum Folgenden Heimbach-Steins 2016: 22–38).

2.1 Migration

Migration umfasst unterschiedliche Typen *internationaler* Migration, u.a. Arbeits-, Bildungs- und Heiratsmigration, aber auch Flucht und Vertreibung. Zwar liegt der Migrantenanteil an der Weltbevölkerung relativ konstant bei circa 3%, jedoch haben sich die absoluten Zahlen der globalen Migrant_innen im Lauf der letzten circa 30 Jahre auf 214 Millionen mehr als verdoppelt (vgl. DGVN [Hg.] 2015); knapp die Hälfte davon sind Frauen, von denen ein wachsender Teil selbständig migriert (vgl. DGVN [Hg.] 2009: 27–36; u.a. Chant [Hg.] 1992; Chant/Radcliffe 1992).¹ 2015 wurde mit 65 Millionen „*forcibly displaced persons*“² eine bis dato unerreichte Höchstzahl gemessen, davon sind 21 Millionen Geflüchtete (vgl. UNHCR 2015: 2). Den internationalen Migrant_innen steht eine fast viermal größere Gruppe von weltweit circa 740 Millionen Binnenmigrantinnen und -migranten gegenüber, die innerhalb eines Staatsgebietes, typischerweise vom Land in die Stadt, migrieren. Rund 50% der internationalen Migrant_innen lebt in zehn stark urbanisierten Hocheinkommensländern, konkret in Australien, Kanada und den USA, in Frankreich, Deutschland, Spanien und dem Vereinigten Königreich, in Russland, Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (vgl. UN DESA 2013). Unterschiedliche Faktoren und Gründe sind für die Wanderungsbewegungen zu verzeichnen. Die Menschen fliehen vor Gewalt, Diskriminierung oder um ökonomische und/oder ökologische Not zu überwinden und für sich und ihre Familien bessere Lebensbedingungen zu erreichen. Dennoch migrieren meist nicht die Ärmsten, obwohl sie laut UN-Entwicklungsbericht 2009 am meisten zu gewinnen haben, sondern die etwas besser Gestellten der Gesellschaft, die – in der Regel mit Hilfe der ganzen Familie – die erheblichen Kosten für die Wanderung aufbringen können. Häufig werden Migranten und vor allem Migrantinnen auf ihrer Wanderung zu Opfern. Kriminelle Organisationen, Schlepper oder Schleuser nutzen die Situation aus, oder Regierungen schützen die Rechte der Menschen nicht ausreichend. Dennoch kann man sie nicht *per se* als Opfer bezeichnen: auch wenn sie aus der Not heraus handeln, ergreifen sie selbst die Initiative und beweisen hohe Risikobereitschaft, um ihre Ziele zu erreichen. Sie gehören damit häufig zu den

¹ Der weitaus größte Teil der internationalen Migrantinnen und Migranten migriert zwischen Entwicklungsländern oder zwischen entwickelten Ländern; nur ca. ein Drittel wechselt aus Entwicklungsländern in wirtschaftlich hoch entwickelte Länder Europas, Nordamerikas und Ozeaniens (vgl. DGVN [Hg.] 2009: 30; IOM 2015: 40).

² Die Zahl umfasst 19,5 Mio. Flüchtlingen, 38,2 Mio. „internally displaced persons“ und 1.8 Mio. Asylsuchende (vgl. UNHCR 2015).

„dynamischsten und unternehmerischsten Mitgliedern einer Gesellschaft“ (DGVN [Hg.] 2006: 5).

2.2 Migrationsziel Deutschland

Bereits seit dem 17. Jahrhundert ist Deutschland durch Zu- und Auswanderung geprägt. Derzeit (Stand 2013) leben in Deutschland in absoluten Zahlen im Vergleich mit anderen EU-Staaten die meisten Ausländerinnen und Ausländer. 2015 kamen laut Statistischem Bundesamt knapp 2 Millionen Ausländerinnen und Ausländer nach Deutschland.

Kommen Asylsuchende nach Deutschland, werden sie nach einem bestimmten Verfahren einer Erstaufnahmestelle zugeteilt.³ Es stützt sich auf den „Königsteiner Schlüssel“, der festlegt, welchen Anteil der Asylbewerber_innen jedes Bundesland aufnehmen muss. Der Schlüssel wird anhand von Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl der Länder berechnet. Die Verteilungsquote 2016 liegt mit 21,2% in Nordrhein-Westfalen am höchsten und in Bremen mit 0,95% am niedrigsten.⁴

Für Zuwandernde sind (große⁵) Städte besonders anziehend. Für Deutschland zeigt sich folgendes Bild: Bei einem Stand von 17 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (Stand 2015) – das sind ca. 21% der Gesamtbevölkerung – lebt ein Viertel davon in den 15 größten Städten Deutschlands, wobei die Anteile der Migrationsbevölkerung zwischen diesen Städten und zudem zwischen West- und Ostdeutschland erheblich variieren. So zählt Frankfurt am Main mit 45% den größten Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund (vgl. Netzwerk Migration in Europa e.V. 2015). Insgesamt sind 94% der Menschen mit Migrationshintergrund in Westdeutschland oder Berlin angesiedelt. Auffallend ist, dass in den beiden ostdeutschen Städten Leipzig und Dresden, die zu den 15 größten Städten des Landes gehören, der Ausländeranteil deutlich geringer ist: Sowohl in Leipzig als auch in Dresden liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund unter 10%.⁶ Die Stadt-Land-Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland weist einen Anteil von 61% in der Stadt Lebender auf (vgl. Destatis 2016). Es lässt sich also eine Vorliebe für städtische Umgebung und den

³ Dieses Verfahren funktioniert nach dem System EASY (Erstverteilung von Asylsuchenden)

⁴ Vgl. <http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Asylverfahren/Verteilung/verteilung-node.html> (abgerufen am 21.09.2016).

⁵ Vgl. zur Kategorisierung der Städte nach UN-Kriterien und deren Anwendung auf die Städte in Deutschland den folgenden Abschnitt.

⁶ 9,62% für Leipzig; 9,81% für Dresden Stand 2013 vgl. <https://www.statistik.sachsen.de/html/426.htm> (abgerufen am 21.09.2016); vgl. auch Netzwerk Migration in Europa e.V. 2015.

Westen Deutschlands erkennen. Gründe dafür lassen sich womöglich daraus ableiten, dass zum einen die Vernetzung innerhalb von städtischen Gebieten einfacher ist, und zum anderen, dass bereits mit der sog. Gastarbeitermigration in der „Wirtschaftswunder“-Ära vor allem Städte im Westen Deutschlands Ziel für Migrant_innen gewesen sind. Diese sind jetzt anziehend für Menschen mit gleichem kulturellem Hintergrund. Außerdem können sie dort in der Regel leichter an bestehende kulturelle/soziale Netzwerke und Bekanntschaften anknüpfen. Daneben stehen allerdings noch andere Gründe für den Zug in die Stadt (vgl. 3.1). Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund trägt, im Gegensatz zu der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, deren Zahl stagniert oder sogar zurückgeht, zum Wachstum der Städte bei.

2.3 Stadt und Verstädterung (Urbanisierung)

Es gibt keine einheitlichen Definitionskriterien der Stadt – etwa bezüglich Größe⁷, Siedlungsdichte und Funktionen. Der *World Migration Report 2015* unterscheidet gemäß den UN-Kriterien zwischen *Megacities* (mehr als 10 Mio. Einwohner; weltweit 28 mit insgesamt 453 Mio. EW/12% der globalen Stadtbevölkerung), *großen* (5-10 Mio.), *mittelgroßen* (1-5 Mio.; stark anwachsendes Format) und *kleinen Städten* (0,5-1 Mio.; 2014 lebte ca. die Hälfte der weltweiten Stadtbevölkerung in solchen Städten) (vgl. IOM 2015: 43f.). In Deutschland gibt es demnach keine *Megacities* und auch keine *großen Städte*. Die einwohnerstärkste Stadt ist Berlin mit rund 3,5 Mio. Einwohnern (Stand Zensus 2011), womit die deutsche Hauptstadt in die Kategorie der *mittelgroßen* Stadt fällt.

Verschiedene Kräfte beeinflussen den Prozess der Urbanisierung. Demographisch sagt der Begriff, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung an städtischen Lebensformen partizipiert, und zwar aufgrund des natürlichen Wachstums der Stadtbevölkerung und der Land-Stadt-Wanderung sowie durch die zunehmende Ausdehnung städtischer Räume und der Gründung neuer urbaner Zentren (vgl. IOM 2015: 42f.). Abzusehen ist, dass sich die Stadtbevölkerung weltweit von derzeit knapp 4 Mrd. bis 2050 auf 6,5 Mrd. vergrößern wird. Diese Tendenz betrifft vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) betitelt dieses Phänomen in seinem Hauptgutachten zur Urbanisierung (2016) als „Umzug der Menschheit“: Zuzug von Menschen vom Land in die Stadt, von kleinen in große

⁷ Die Mindesteinwohnerzahl einer Stadt etwa schwankt zwischen 200 in Schweden und 40.000 in Mali (vgl. IOM 2015: 43).

Städte, von einem Land ins andere. Aber auch die Veränderung, die mit einem Aufstieg in die Mittelschicht einhergeht, zählt der WBGU zu diesem Phänomen. Derzeit ist, auch durch die hohe Zahl der Geflüchteten, ein deutlich verstärkter Zuzug in die Städte zu verzeichnen. Dies stellt die Städte vor die Herausforderung, Lebensqualität und soziale Integration zu gewährleisten. Und nicht nur diese Herausforderungen gilt es zu meistern, denn mit wachsenden Städten und dem damit verbundenen notwendigen Ausbau der Wohn- und Verkehrs-Infrastruktur ist auch eine hohe Umweltbelastung verbunden. Daran schließt sich die Herausforderung an, die entstehenden Probleme so zu beheben, dass nicht nur die Lebensqualität der Menschen verbessert, sondern auch die Umwelt möglichst wenig geschädigt wird (vgl. WBGU 2016: 7f.).

Zwischen Urbanisierung und Migration gibt es offensichtlich komplexe Wechselwirkungen: Etwa 50% des Wachstums der Städte sind durch Zuwanderung bedingt (vgl. IOM 2015: 43). *Wie* die Städte wachsen, hängt von ökonomischen Faktoren, aber auch von der politischen Steuerung der Urbanisierung ab. Dabei ist zu unterscheiden zwischen reifen Städten, geplanten Siedlungen und informellen Siedlungen, die durch Zuwachs und ohne Planung und damit weitgehend ohne Infrastruktur entstehen. Zwischen Städten im globalen Süden und im globalen Norden und zwischen Regionen mit hoher wirtschaftlicher Dynamik und solchen mit schwächeren Entwicklungspotentialen bestehen auch in dieser Hinsicht große Differenzen. Weltweit lebten 2012 mehr als 850 Mio. Menschen in Slums mit mangelhafter Infrastruktur – vor allem in Afrika südlich der Sahara und in Südamerika (vgl. UN DESA 2015). Rund um den Globus leben ca. 750 Mio. Menschen ohne Zugang zu sanitärer Versorgung und 150 Mio. haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser (vgl. WWAP 2015). Immer mehr Menschen in ärmeren Ländern, die vom Land in die großen bzw. Mega-Städte wandern, siedeln sich in solchen Slums oder informellen Gebieten an. Die damit verbundenen Probleme der Stadtentwicklung, der Verwirklichung und nachhaltigen Sicherung menschenwürdiger Lebensbedingungen bedürften einer gesonderten und ausführlichen sozioethischen Analyse. Sie können in diesem Arbeitspapier nicht näher betrachtet werden. Die weiteren Beobachtungen und Überlegungen werden sich auf den gesellschaftlich-politischen Raum der Bundesrepublik Deutschland beschränken.

3 Stadt als Raum

Bevor die Stadt als Ungleichheits- und Möglichkeitsraum betrachtet wird, muss zuerst die Frage beantwortet werden, was unter „Raum“ zu verstehen ist und wie sich der Begriff des Raumes in einem kultur- bzw. sozialwissenschaftlichen Raumkonzept von dem Gebrauch in der Alltagssprache unterscheidet.

Menschliche Existenz ist stets raumbezogen. Jeder Mensch, gleich in welcher Situation, ist raumgebunden. Zu unterscheiden ist das alltagssprachliche Verständnis des Raumes, das ihn physikalisch als eine Art „Container“ versteht, von dem Raumbegriff nach dem sogenannten *spatial turn* in den Sozial- und Kulturwissenschaften, demzufolge er wissenschaftlich als relationales, dynamisches Gebilde, als etwas sozial Gemachtes, verstanden wird. Räume konstituieren sich durch Handlungen, und Handlungen – soziale Interaktionen – brauchen Räume. Die Relationen und Beziehungen, die Vernetzungen zwischen Akteuren, stehen also im Vordergrund der Raumbetrachtung und weniger die Materialität des Raumes. Dieser Zugang zum Raum erschließt sich vor allem vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Digitalisierung als komplexe sozial-kulturelle Prozesse, für deren Charakterisierung der Begriff des Netzwerks längst zu einer zentralen Metapher geworden ist (vgl. Schneider 2012). Ein handlungs- und netzwerkorientiertes Raumverständnis kann detaillierter die Ursachen-Wirkungen-Strukturen aufzeigen, die sozialräumliche Veränderungen und Probleme bedingen. Die alte Vorstellung des Raumes als Container wird einer globalisierten, vernetzten Welt nicht mehr gerecht, in der Räume immer weniger als statische Gebilde erfahren werden. Zwar wird etwa das nationalstaatliche Territorium vielfach als Container, als geschlossener Raum verstanden, in dem der Souverän für Sicherheit und Stabilität zu sorgen hat. Zugleich wird dieses Verständnis aber durch ökonomische und soziale Dynamiken – nicht zuletzt durch großskalige Migration – herausgefordert und in Frage gestellt (vgl. Heimbach-Steins 2016: 39–57). Die daraus erwachsenden gesellschaftlichen und politischen Spannungen zeigen, dass auch hier neue Denk- und Ordnungsmuster erforderlich werden. Sozialethische Arbeit wird deshalb einerseits die Konturen der Räume – Grenzen und Grenzregime – in den Blick nehmen, und andererseits ein besonderes Interesse auf die „benachteiligten Räume“ richten. Hier knüpfen beispielsweise Fragen nach Partizipation, Gerechtigkeit, Chancengleichheit an. Soziale Ungleichheiten wirken sich u.a. auf den Wohnungsbau, die Wohnbedingungen und die Zukunftschancen aus. Gleichzeitig werden die Möglich-

keiten der Menschen durch ihren Wohnort beeinflusst. Ein Raumverständnis, das von einem dynamischen Gebilde ausgeht, stellt die Menschen, ihre Möglichkeiten und ihre Potenziale in den Mittelpunkt und weniger den Raum als „Problemgebiet“ (vgl. Schneider 2012: 226). Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Herausforderung, einen sozioethischen Ansatz zu verfolgen, der ein relationales Raumkonzept entwickelt und handlungstheoretisch fundiert.

Mit neuen Herausforderungen an die Städte und ihr Raummanagement wird die Stadt zunehmend als Lebensraum mit komplexen Strukturen gesehen, nicht nur als administrative Einheit. Ein solches relationales und dynamisches Raumverständnis ist bisher in traditionellen Raumanalysen noch wenig aufgenommen worden. Hier besteht Nachholbedarf, um den komplexen sozialen Strukturen der Stadt Rechnung tragen zu können.

Für die sogenannte Sozialraumanalyse gibt es kein einheitliches Werkzeug; es wird vielmehr – je nach Zielsetzung und Untersuchungsinteresse – auf verschiedene (empirische) Methoden zurückgegriffen, u.a. auf Datenerhebungen wie beispielsweise Volkszählungen. Dann gibt es Quartiersuntersuchungen, die sich mit einzelnen (benachteiligten) Stadtteilen beschäftigen. Für die Verwendung einer bestimmten Methode muss daher das Ziel der Analyse vorab genau definiert werden. Wichtig ist, wie der Raum definiert wird, der Ausgangspunkt einer Untersuchung ist. Das spiegelt sich dann auch in der Auswahl der Methodik wieder (vgl. Riege/Schubert 2005: 7-10). Wie oben bereits dargestellt, gehen wir hier vom Raum als einem relationalen, dynamischen Gebilde aus; für dessen strukturelle Erfassung spielen Netzwerkanalysen eine Rolle. Auch wenn die Ziele der verschiedenen Sozialraumanalysen sich unterscheiden, ist es in der Regel ein zentrales Anliegen, benachteiligte Stadtteile zu identifizieren. Ein wichtiger Aspekt einer solchen Herangehensweise ist es, die Verteilung sozialer Gruppen im städtischen Raum und deren Auswirkungen innerhalb gegebener Sozialräume zu untersuchen. Dazu sind Konzepte heranzuziehen, bei denen auch Verhaltensweisen und Nutzungsroutinen in die Analysen einbezogen werden. Es ist sinnvoll, verschiedene wissenschaftliche Disziplinen mit einzubinden: Dazu gehören neben der Geographie u.a. auch Soziologie und Politikwissenschaften. Die (Sozial-)Raumanalyse hat in Deutschland an Bedeutung gewonnen⁸, da es zunehmend zu einer „sozialräumlichen Polarisierung“ in (großen) Städten kommt: Die Stadt erscheint in drei- oder vier verschiedene Zonen zu zerfallen: in eine innere Lu-

⁸ Unterschiedliche Projekte auf Bundes- und Landesebene: z.B. Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt".

xus- und Vergnügungsstadt, die nahen Stadtteile der Wohlhabenden, die Vorstadt der Mittelschicht und die Armenviertel in alten Industriezentren oder Großwohnsiedlungen. Darin zeigt sich eine sozialräumliche Spaltung der Stadt. Die meisten Methoden der Sozialraumanalyse haben einige wichtige Aspekte gemeinsam. Faktoren, die bei der Analyse eine wichtige Rolle spielen sind: soziale Position, Verstädterung, Segregation. Diese Faktoren sind grundlegend für städtische Differenzierung und soziale Schichtung (vgl. Shevky/Bell 2005: 83). Segregation als Faktor ist heute im Zuge der zunehmenden Migration und steigenden Armut in deutschen Städten besonders wichtig. Die Fragen, die gestellt werden, beziehen sich auf das Ausmaß und die Form der Segregation sowie darauf, ob damit einhergehend Benachteiligungen für die Menschen entstehen und wie sich diese zeigen. Des Weiteren spielen Raumnutzungen und Nutzergruppen eine wichtige Rolle in einer Analyse; dabei werden die Funktionen des Raumes und deren jeweilige Nutzer in den Mittelpunkt gestellt. Konkrete Instrumente für die Raumplanung sind Raumordnung, Bodennutzung, Flächennutzung, Umweltschutz und Bodenrecht. Bestimmte Fragestellungen stehen im Vordergrund, die wieder verschiedene Methoden erfordern: Analyse der Sozialstruktur, der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur, des Wohnungsmarktes, der Besitzverhältnisse, der Verkehrsbelastung und der Umweltbelastungen.

3.1 Stadt als Ungleichheitsraum

„Wenn es etwas Hässliches gibt in unseren heutigen Städten, dann sind es nicht die Unterschiede in Architektur und Stil, sondern die soziale Diskriminierung, die von Klassenunterschieden geprägten gesellschaftlichen Beziehungen und die Viertel der Reichen, die nicht nur räumlich, sondern vor allem durch ihr Aussehen von denen der Armen getrennt sind“ (Niemeyer 2013: 26f.) Oscar Niemeyer, der Erbauer von Brasilia, formuliert das Problem der modernen Stadt in ästhetischen Kategorien: Er identifiziert das Hässliche der Stadt nicht in den architektonischen Differenzen als solchen, sondern in der gebauten sozialen Ungleichheit und der Trennung der Menschen nach den Kategorien von Arm und Reich. Das Hässliche tritt in dieser Interpretation z.B. hervor in *gated communities*, in denen sich die Reichen räumlich durch Abschließung ihrer Areale und ästhetisch durch die Art zu bauen und zu wohnen von den Armen distanzieren und separieren. Das hässliche Gesicht der Stadt spiegelt das politische und ethische (Welt-)Problem radikaler Ungleichheit. Die Hässlichkeit liegt darin, dass diese Situation von den Gewinnern wie ein Anspruch verteidigt wird. Es geht nicht um eine „natürliche“ und unvermeidliche Si-

tuation, sondern um eine mit ökonomischen Machtmitteln durchgesetzte Situation, der „die Stadt“ bzw. ihre Verantwortungsträger allenfalls unzureichend politisch steuernd entgegenwirken.

Die Stadt, die durch die Bildung separierter Räume und durch den Ausschluss der Armen hässlich wird, reproduziert das Bild einer Welt von Container-Gesellschaften, das sich bis heute in der Dominanz des Nationalstaates und seiner Souveränität über die nationalen Grenzen zeigt. Wie die Grenze eines Staates symbolisiert die Mauer um das eigene Grundstück oder das Quartier (auf der Basis eines verabsolutierten Eigentumsrechtes) das Recht eines „Souveräns“, Andere auszuschließen, und eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber der Vulnerabilität der Ausgeschlossenen (vgl. Schneider 2012: 231f.). Dieses „hässliche Gesicht“ des Nationalismus in Europa hat die Flüchtlingskrise aufgedeckt. Deutlich wird darin aber auch, dass das herkömmliche Modell eines Staates als „Souverän“ mit (grundsätzlich) geschlossenen Grenzen in gewisser Weise „überholt“ ist: Zum einen zeigt sich das bereits geschichtlich an der scheinbar willkürlichen, machtpolitischen Interessen geschuldeten Setzung von Grenzen, beispielsweise in Afrika – oder auch in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens. Zum anderen ist mit der Anerkennung der Völkergemeinschaft im Zeichen der Menschenrechte eine grundlegende Relativierung der staatlichen Souveränität verbunden (vgl. Heimbach-Steins 2016: 39-45). Die Wirklichkeit globaler Migrations- und Fluchtbewegungen stellt die nationale Souveränität als Hoheit über die eigenen Grenzen, um das staatliche Territorium geschlossen zu halten, auf dramatische Weise in Frage. Angesichts massenhafter Flucht vor kriegesischer Gewalt einerseits und der von Armut und Perspektivlosigkeit motivierten Migration andererseits, erscheint die Schließung von Grenzen als Versuch, die „Statik“ bestimmter Gemeinwesen gegen diese Dynamiken globaler Migration zu behaupten. Ungewollter Zuzug und die Herausforderungen wachsender Heterogenität sollen ferngehalten und der Lebensstandard der eigenen Bevölkerung gegen die Beteiligungsansprüche der von Gewalt, Not, Armut und der Suche nach besseren Lebensbedingungen getriebenen „Anderen“ verteidigt werden.

Was sich im Großen zwischen Staaten und Staatengemeinschaften abspielt, prägt auch das Leben im kleineren Maßstab der sozial segregierten Städte – unter dem Vorzeichen der Grundrechte, v.a. des zu schützenden privaten Eigentums, und der Ansprüche, die die Gesellschaftsmitglieder durch Erwerbstätigkeit und aktive Beteiligung an den so-

zialen Sicherungssystemen erwerben. Die Frage, wie weit diese Schutz- und Besitzansprüche reichen und wie sie wirksam und ethisch legitim verteidigt werden (können), kommt durch die gegebene Migrationssituation mit neuer Dringlichkeit auf die Tagesordnung gesellschaftlicher, politischer und wissenschaftlicher Debatten. Sie kann unter den gegebenen Bedingungen nicht unabhängig von dem grundlegenden Anspruch jedes Menschen auf menschenwürdige Lebensbedingungen erörtert werden. Damit stellt sich die Frage nach Konzeptionen durchlässiger und vernetzter Lebensräume ordnungspolitisch als Frage nach dem Verhältnis von Nationalstaaten, supranationaler politischer Gebilde und globaler Kooperationsmöglichkeiten und -verpflichtungen im Bereich von Politik, Wirtschaft und Ökologie.

Zurück zur Stadt: Wer ist der Souverän einer Stadt? Wer gehört dazu? Wer hat das Recht, dies zu definieren? Die moderne Stadt hat keine Mauern mehr, sie ist auf den ersten Blick ein offener Raum, den jeder, der sich in einem Territorium aufhält, betreten kann. Nicht in der Stadt, sondern auf höherer Ebene wird über Aufenthaltsrechte und -status entschieden. Wer in die Stadt kommt, ist – so scheint es – einfach da. Dennoch gibt es auch in der Stadt unterschiedliche Rechte, Modi und Grade der Zugehörigkeit und, davon abhängig, Freiheitsspielräume und Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Lesch 2015). Formell sind die Freiheiten und Beteiligungschancen der Stadtbewohner abhängig vom rechtlichen Status, den jemand innerhalb des Staates genießt, in dem er oder sie sich aufhält – als Staatsbürger_in oder als nach bestimmten Kriterien Aufenthaltsberechtigte_r. Wenn jemand ohne sicheren Aufenthaltsstatus bzw. „illegal“ im Land ist, so hat er oder sie auch in der Stadt erschwerte Bedingungen und findet sich – oft auch räumlich sehr konkret – am Rand der Gesellschaft und in der Unsichtbarkeit als „ausgeschlossene Fremde“ (vgl. ebd.: 32) wieder. Diese Fremden „stören das glanzvolle Bild reicher Metropolen und sind dennoch Mitglieder einer Gesellschaft, die den Anspruch erhebt, Inklusion als oberstes Prinzip zur Geltung zu bringen und Integrationschancen zu eröffnen“ (ebd.: 32).

Gerade mit dem Zuzug in die Randgebiete der Städte kommt es zur residenziellen Segregation, also einer Konzentration von Zugewanderten in bestimmten Wohngebieten. Das hat wiederum Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Integration. Meist ist die ethnische Segregation, auch „Ghettoisierung“, nicht erwünscht. In Frankreich etwa nimmt die residenzielle Segregation enorme Ausmaße an; sie verursacht erhebliche soziale und

politische Probleme. In den sogenannten Banlieues, übersetzt „Bannmeile“, wohnen inzwischen vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem aus den ehemaligen französischen Kolonialgebieten in Nordafrika. In diesen Vorstädten herrscht eine hohe Gewaltbereitschaft und es kommt immer wieder zu Ausschreitungen. Diese werden auf verschiedene Ursachen zurückgeführt: sozialräumliche Ausgrenzung, eine sogenannte Krise des Integrationsmodells, mangelhafte Stadtpolitik, Diskriminierung und Kriminalität unter Jugendlichen (vgl. Frey 2007: 140–143). In Deutschland gibt es noch keine vergleichbaren Extreme. Allerdings gibt es in Deutschland auch Orte, die entsprechend gefährdet sind und bereits negative mediale Aufmerksamkeit erfahren haben – in Nordrhein-Westfalen u.a. Duisburg-Marxloh und Köln-Chorweiler.

Das Beispiel der Vorstädte in Frankreich kann jedoch abschrecken und als Weckruf dienen, die eigene Stadtplanung zu überdenken. Analysen der Ghettoisierung in Chicago zeigen, dass die Annahmen, Segregation beruhe auf freiwilligen Entscheidungen, die Grenzen zu anderen Wohngebieten seien durchlässig und die Bewohner könnten sich – jedenfalls von einer zur nächsten Generation – auch in anderen, „besseren“ Vierteln niederlassen, sich nicht bewahrheitet haben (vgl. Teltemann u. a. 2015: 84–85). Empirische Belege zeigen zudem, dass der Zuzug zu bereits bestehenden Kontakten bzw. familialen Beziehungen in den meisten Fällen nicht ausschlaggebend für die Niederlassung in einem bestimmten Wohngebiet sind. Vielmehr spielen Diskriminierungsprozesse auf dem Wohnungsmarkt eine Rolle. Ein weiterer Faktor ist der sozioökonomische Unterschied zwischen Einheimischen und Migrant_innen, der die Wohnungssuche bereits auf ein bestimmtes Stadtgebiet begrenzt (vgl. ebd.). Auch wenn die Situationen in Frankreich und Chicago zeitlich, in ihrem Ausmaß und mit dem je eigenem kulturellen Hintergrund nicht direkt mit der Situation in Deutschland zu vergleichen sind, bilden sie doch Indikatoren für bestimmte Problemsituationen, die sich auch in Deutschland entwickeln können. Mit Segregationsprozessen geht dann auch die Entwicklung sogenannter Parallelgesellschaften einher, die Verbindung zur einheimischen Bevölkerung reißt nahezu ab (bzw. wird nie aufgebaut); Integration der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen von Eingewanderten und Zugewanderten wird massiv erschwert bis unmöglich.

Die Stadt als Ungleichheitsraum ist nicht nur gekennzeichnet durch die Segregation von Menschen mit Migrationshintergrund. Auch andere Gruppen werden diskriminiert und ausgeschlossen. Die Migrant_innen mit unsicherem Aufenthaltsstatus finden sich an

den gesellschaftlichen Rändern neben Menschen, die zwar einen formell sicheren Status haben, sich aber in prekären ökonomischen und/oder sozialen Lebenslagen befinden und deshalb am Leben der Stadt auch nur eingeschränkt teilnehmen können. Hier entsteht Konkurrenz – um Wohnraum, um öffentliche Förderung, um Anerkennung, um Arbeitsgelegenheiten. Solche Konkurrenzangst artikuliert sich in Deutschland unter Menschen in prekärer sozialer Lage angesichts der großen Zahlen von Flüchtlingen, für die der Staat und die Kommunen in kurzer Zeit mit erheblichem Aufwand zu sorgen haben und für die tragfähige Integrationsperspektiven eröffnet werden müssen. Hinzukommt, dass soziale und räumliche Ungleichheiten in einem Wechselverhältnis stehen: Chancen werden durch den Geburtsort und den Ort des Lebens beeinflusst, und gleichzeitig wirken sich soziale Ungleichheiten auf die räumliche Gestaltung – sprich Wohnungsbau und Infrastruktur – aus. Eine Brandmarkung als „Problemviertel“ oder „benachteiligte Wohngebiete“ verstärkt die Chancenungleichheit (vgl. Schneider 2012: 226). In dieser Lage werden Fehler und Versäumnisse offenkundig, die in der Vergangenheit – ganz unabhängig von der Migration – gemacht wurden: Zum Beispiel wurden öffentliche Investitionen in Planung und Förderung von bezahlbarem Wohnraum lange Zeit vernachlässigt. Mit der Ankunft der Flüchtlinge stieg der Bedarf rapide – gerade in den urbanen Räumen, in denen günstiger Wohnraum knapp ist. Berechtigte Sorgen mancher Bürger_innen werden von populistischen und nationalistischen Kräften instrumentalisiert, um gegen Migrant_innen Stimmung zu machen. Die Aufgabe politischer Steuerung beschränkt sich nicht auf die Sozialpolitik.

Neben Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen in prekären Lebenslagen gibt es weitere Gruppen, die diskriminiert werden. Diese Diskriminierung lässt sich auch anhand der sozialen Zuweisung bestimmter Räume in der Stadt erkennen. Zu den weiteren diskriminierten Gruppen gehören u.a. alte Menschen und Frauen. Die Zuordnung zu einem Geschlecht wird häufig durch das Handeln des Individuums, aber auch durch die Zuweisung von Räumen strukturiert. In Bezug auf das Geschlecht ist die Trennung von öffentlichem und privatem Raum wichtig. Männern wird immer noch vielfach eher der öffentliche, Frauen hingegen der private Raum zugewiesen. Die geschlechtsspezifische Zuweisung von Räumen hat etwas mit Traditionen, Familienstrukturen und –normen, zuweilen auch mit religiöser Zugehörigkeit zu tun. Hier treffen nun neben unterschiedlichen Erwartungen an Männer und Frauen an ihr Verhalten im Raum auch unterschiedliche Erwartungen bezüglich ihres kulturellen Hintergrunds aufeinander. Frauen in einem christ-

lich geprägten und weitgehend säkularen Kontext haben andere Bedürfnisse und Erwartungen an Raumnutzung als Frauen mit einem anderem, etwa einem traditionell islamischen, kulturellen Hintergrund (oder: ihnen werden entsprechende Bedürfnisse und Erwartungen innerhalb der eigenen *community*, aber auch seitens der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zugeschrieben, ohne dass nach den individuellen Befindlichkeiten der Betroffenen genauer gefragt wird). Das gleiche gilt für Männer. Das bedeutet, dass es neben dem unterschiedlichen Zugang zu Räumen für Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund auch unterschiedliche Erwartungen an die Nutzung von Räumen in Bezug auf die Geschlechter bestehen. Mit der Aufteilung in „männliche und weibliche Räume“ wird eine hierarchische Struktur geschaffen. Die Nutzung des öffentlichen Raums hat dabei nicht zuletzt auch einen symbolischen Wert. Der Zugang zum öffentlichen Raum bedeutet Selbstständigkeit und Emanzipation (vgl. Roller 2001: 39ff.). Wenn es um den privaten Raum als Raum der Frau geht, dann spielen hier auch Sorgearbeit-bezogene Aspekte eine Rolle. Die Sorgearbeit in der Familie, ob Betreuung der Kinder oder der Alten, liegt in den meisten Fällen in der Zuständigkeit der Frau. Damit wird sie auch stärker in den privaten Raum gedrängt und gewinnt weniger Möglichkeiten, am öffentlichen Raum zu partizipieren.

Zwei weitere Aspekte, die dagegen mit dem öffentlichen Raum zusammenhängen, sind Mobilität und Sicherheit. Mehr Männern als Frauen steht ein eigenes Auto zu Verfügung, und zu den Frauen, die ein Auto besitzen, gehören vor allem junge berufstätige Frauen. Schülerinnen, Erwerbslose, aber auch Mütter mit Kindern, bei denen das Familienauto meist vom Mann genutzt wird, sind viel stärker auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Der Verkehr bzw. Straßenbau in den Städten ist allerdings überwiegend immer noch auf das Auto und den privaten Individualverkehr ausgelegt, wodurch sich Benachteiligungen für Fußgänger und Radfahrer ergeben (vgl. ebd.: 74ff.). Gerade nachts und in bestimmten Gegenden werden Frauen in ihrer Mobilität eingeschränkt. Die Angst vor Gewalt schließt Zeiträume und Orte für sie aus. Dabei sind sie nicht nur bzgl. körperlicher, sondern auch psychischer Gewalt gefährdet (vgl. ebd.: 168f.).

3.2 Stadt als Möglichkeitsraum

Ähnlich wie Oscar Niemeyer wählt auch Papst Franziskus einen Zugang zur Problematik der Stadt über ästhetische Kategorien. In der Enzyklika *Laudato si'* (2015) verknüpft er

das Streben nach Schönheit der Städte mit der Sorge um die Lebensqualität der Menschen und macht eben dies zum Maßstab einer humanökologischen Stadtplanung:

„Wenn man von der Wechselwirkung zwischen dem Raum und dem menschlichen Verhalten ausgeht, benötigen diejenigen, die Gebäude, Stadtviertel, öffentliche Räume und Städte planen, den Beitrag verschiedener Fachgebiete, die es ermöglichen, die Vorgänge, die Symbolwelt und das Verhalten der Menschen zu verstehen. Es genügt nicht, die Schönheit in der Gestaltung anzustreben, weil es noch wertvoller ist, einer anderen Art von Schönheit zu dienen: der Lebensqualität der Menschen, ihrer Anpassung an die Umwelt, der Begegnung und der gegenseitigen Hilfe. Auch aus diesem Grund ist es so wichtig, dass die Ansichten der betroffenen Bevölkerung immer die Analysen der Städteplanung ergänzen“ (LS 150).

Papst Franziskus stellt einen Zusammenhang zwischen der Gestaltung des Raumes und dem Verhalten der Menschen her. Er bezieht ästhetische und ethische Kategorien aufeinander, um daraus einen positiven Maßstab für die Urbanisierung zu gewinnen. Er polemisiert nicht nur (wie Niemeyer) gegen die privatisierte Schönheit besonderer „ökologischer“ Zonen, die nur für wenige zugänglich sind und der Desintegration der Städte Vorschub leisten (vgl. LS 45; 49). Er verlangt von einer humanökologischen Stadtpolitik, die Elendsquartiere zu „urbanisieren“, gemeinsam mit den Bewohnern eine Versorgungsinfrastruktur und menschenwürdige Wohnquartiere zu entwickeln (vgl. LS 152).

Um den Raum und seine komplexen Strukturen als relationales Gebilde so nutzen zu können, dass er die Lebensqualität fördert, fordert Franziskus auch den Beitrag verschiedener Fachgebiete. Neben der Stadt- bzw. Raumplanung sollten deshalb Erkenntnisse z.B. der Geografie und Soziologie beachtet werden. Dazu gehört auch, dass die Ansichten der dort lebenden Menschen mit einbezogen werden. Kulturelle und religiöse Bedürfnisse, die sich räumlich widerspiegeln, können so besser integriert werden. Ein Beispiel dafür ist, dass in muslimisch geprägten Ländern das tägliche Leben vor allem in Innenhöfen im Freien stattfindet. In Deutschland ist die Struktur städtischer Wohnquartiere dafür jedoch selten geeignet, so dass migrantische Familien mit einem entsprechenden kulturellen Hintergrund häufig den Raum vor ihren Häusern oder freie Grünflächen beanspruchen. Hier kommt es unter Umständen zu Konflikten mit der einheimischen Bevölkerung, für die diese Lebensart fremd ist. Auch stellt es für die muslimischen Familien Schwierigkeiten dar, denn die so genutzten Räume schützen nicht, wie Innenräume, das familiäre Leben. Neben den alltäglichen Bedürfnissen der Menschen stehen

weitergehende soziale und spirituelle Bedürfnisse, zum Beispiel, die eigene Religion ausüben zu können. Hierfür geeignete Möglichkeiten zu eröffnen, u.a. die Nutzung oder Errichtung geeigneter Räumlichkeiten für Gottesdienste oder Versammlungen zuzulassen, unterstützt nicht nur die Bedürfnisse der Menschen, sondern ist vielmehr auch ein Anspruch, der sich aus dem Recht auf Religionsfreiheit ergibt.

Neben den Menschen mit Migrationshintergrund als einer besonderen Gruppe der Stadt stehen weitere Gruppen, die häufig unter Diskriminierung leiden. Auch für diese Gruppen bietet die Stadt bestimmte Gefahren, aber auch Chancen. Zu diesen Gruppen gehören, wie oben bereits angesprochen, Frauen. Aber auch alte Menschen, Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Behinderung müssen bei der Stadtplanung besonders berücksichtigt werden, weil sie ihre eigenen, besonderen Ansprüche an die Stadt haben. Eine kommunale Raumplanung, die die Bedürfnisse der in den betreffenden Quartieren Lebenden wahrnimmt, kann daher zu einer Verbesserung der Lebensqualität und der menschenrechtlichen Situation beitragen. Dazu gehört auch eine vorausschauende Aufmerksamkeit für mögliche Spannungen und Konfliktpotentiale zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen sowie die Entwicklung konfliktpräventiver Schritte und Maßnahmen in den lokalen Institutionen und Strukturen sowie in gezielter Kooperation zwischen den Akteuren der Lokalpolitik und der städtischen Zivilgesellschaft. Franziskus legt den Fokus der Stadtentwicklung auf die Lebensqualität der Menschen. Diese wird zur Größe, an der sich die Strategien und Schwerpunkte der Stadtentwicklung messen lassen müssen. Weniger die Ästhetik steht im Vordergrund als die Menschen. Demnach sollten Überlegungen zu Raumveränderungen stets die Veränderungen für den Menschen und seine oder ihre Lebensqualität miteinbezogen werden. Menschen, die in die Städte wandern, begreifen die Stadt zunächst einmal als ein Versprechen – auf einen Zugewinn an Lebensmöglichkeiten und Teilhabechancen, auf eine dynamische Entwicklung (individuell wie sozial), auf Vernetzung, auf Entfaltung der eigenen Potentiale u.a. durch Bildung, Kommunikation, Arbeit – auf ein gutes (oder jedenfalls ein besseres) Leben. Die Stadt erscheint als Tor zur Welt, als Freiheitsversprechen, als Chance. Sie birgt zugleich Risiken für die Neuankömmlinge, die sich – noch ohne tragendes soziales Netz und verlässliche Bindungen – eine neue, komplexe Lebenswelt und deren Regelwerk erschließen müssen (vgl. Lesch 2015). Migrant_innen sind deshalb in der Stadt besonders verletzlich. Zugleich verkörpern sie eine Dynamik als Agenten ihres Lebens, die Neues suchen und ihr Potential in die Stadt bringen.

Urbanisierung, die dem Anspruch der Humanökologie im Sinne von Papst Franziskus gerecht werden will, muss die Potentiale der Stadt und der Migrant_innen miteinander korrelieren und koordinieren. Sie muss der kulturellen, sozialen und ökonomischen Heterogenität Raum und Gestalt geben und die Stadtbewohner befähigen, mit der – für die moderne Stadt normalen – Verschiedenheit sozialverträglich umzugehen. Diese Notwendigkeit ist in Deutschland in der aktuellen Zuwanderungssituation sehr deutlich erfahrbar: Kulturelle Voraussetzungen für eine gelingende Integration zu schaffen und zu sichern, wird zu einer zentralen Herausforderung gerade in den Städten. Einander fremde kulturelle Muster treffen aufeinander. Menschen aus traditionell muslimisch geprägten Kontexten treffen auf eine säkulare und liberale gesellschaftliche Kultur, auf unvertraute Standards des Zusammenlebens, die von der Gleichberechtigung der Geschlechter, von Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit geprägt sind. Fremdheitserfahrungen, Akzeptanzprobleme und Abwehrreaktionen entstehen in diesem Gegenüber sowohl bei Migrant_innen als auch bei vielen Eingessenen.

Die Stadt ist deshalb auch Austragungsort von Konflikten und muss zum Lernort für einen anerkennenden Umgang mit Heterogenität werden. Städte bilden nicht nur die Kulisse für Demonstrationen für oder gegen Flüchtlingsaufnahme und -integration, sondern müssen auch Foren bieten, in denen die notwendigen Debatten zivilisiert geführt werden können – in einer Weise, die dem Selbstverständnis einer freien und demokratischen Gesellschaft entspricht. Die Pflege einer Debattenkultur, die Ermutigung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure, die Pflege einer Kultur der Solidarität – alles dies gehört zu den Aufgaben einer sozialen und kulturellen Integration, für die Städte grundsätzlich günstige Voraussetzungen bieten. Das Potential der Stadt als vielschichtig vernetzter Lebensraum mit einer entwickelten Infrastruktur, mit Bildungsgelegenheiten und Erwerbsmöglichkeiten muss für die Neuankömmlinge erschlossen werden. Und die Stadtgesellschaft muss die Migrant_innen als Potential entdecken (vgl. IOM 2015: 29).

4 Ausblick: Sozialethische Impulse für einen problembezogenen Umgang mit Stadtraum und Migration

Wenn die Stadt nicht das *hässliche* Gesicht einer Gesellschaft sein soll, die geprägt ist durch eine für „normal“ gehaltene, dramatische Ungleichheit von Lebenschancen, Beteiligungsmöglichkeiten, Aussichten auf die Verwirklichung eines guten Lebens, muss es

politisches Ziel der Urbanisierung sein, gleichberechtigte Zugänge zu materiellen wie immateriellen Gütern, die ein gutes Leben ermöglichen, zu schaffen.

Partizipation ist zugleich das angestrebte Ziel und eine wichtige Methode der Stadtplanung. Möglichst alle Gruppen einer Stadt sollen die Möglichkeit bekommen, ihren Bedürfnissen Ausdruck geben zu können und zu aktiven Mitgliedern und Mitgestalter_innen ihres Quartiers und der Stadtgesellschaft zu werden.

Mit einer solchen Zielsetzung könnte das Bewusstsein für die prägenden Faktoren der Stadtentwicklung wachsen. *Wie* soziale und ökonomische Faktoren im Stadt-Raum sichtbar werden (vgl. Schneider 2012: 225), ist – im Sinne von Oscar Niemeyer und Papst Franziskus – ebenso eine ästhetische wie eine politisch-ethische Angelegenheit. Um die multiplen Faktoren zu identifizieren, muss auf empirische Analysen und auf Erfahrungsaustausch gesetzt werden. Die Faktoren zu kennen, die die Entwicklung einer Stadt bestimmen werden, ist eine grundlegende Voraussetzung der politischen Gestaltung der Stadt.

Migration, z.B. als Arbeits- oder Armutswanderung, gehört erwartbar zu den auch für die Zukunft wichtigsten Einflussfaktoren der Urbanisierung. Es ist daher eine Aufgabe vorausschauender Politik und planerischer Phantasie, mit Infrastruktur, Architektur und Kommunikationsformen der Stadt auf diese Herausforderungen zu antworten. Dazu gehören menschenwürdige Wohnquartiere und Begegnungsräume. Das Ausweichen auf öffentliche Gebäude, aber auch die Segregation in bestimmten Vierteln und die z.T. prekären Unterkünfte sind auch einer Stadtplanung geschuldet, die bezahlbaren Wohnraum in der Vergangenheit vernachlässigt hat. Dazu gehört auch, Zugang zu Bildungsstätten und Erwerbsgelegenheiten, Möglichkeiten zur Mitwirkung und Mitentscheidung aller Betroffenen an den kommunalen Angelegenheiten zu schaffen. Bildung kommunaler Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteure muss unterstützt und vorangetrieben werden. Auch Netzwerke zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne Migrationshintergrund und Netzwerke über das eigene Quartier hinaus sind wichtig, um gelingende Integration zu beschleunigen. Kirchen und religiöse Organisationen als lokale Akteure haben die Möglichkeit die Integration und die Netzwerkbildung zu unterstützen. Sie können als Koordinationsstelle von Ehrenamtlichen und Initiativen, gerade in „ihren Vierteln“ fungieren. So können die Quartiere Lebensräume sein oder werden, in denen sich

die dort lebenden Menschen gegenseitig als Verschiedene, aber Verbundene wahrnehmen können.

Literatur

Chant, Sylvia (ed.) (1992): *Gender and Migration in Developing Countries*. London, New York: Belhaven Press.

Chant, Sylvia/Radcliffe, Sarah (1992): *Migration and Development: the Importance of Gender*. In: Chant, Sylvia (ed.): *Gender and Migration in Developing Countries*. London, New York: Belhaven Press, S. 1-29.

Destatis – Statistisches Bundesamt: *Migration & Integration*. Online verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/MigrationIntegration.html> (zuletzt geprüft am 21.09.2016).

DGVN – Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.) (2006): *Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien*. Bericht der Weltkommission für internationale Migration 2005. Berlin.

DGVN – Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.) (2009): *Bericht über die menschliche Entwicklung 2009: Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung*. Berlin.

DGVN – Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.) (2015): *Arbeit und menschliche Entwicklung*. Online verfügbar unter: <http://www.dgvn.de/meldung/human-development-report-2015-arbeit-und-menschliche-entwicklung/> (zuletzt geprüft am 21.09.2016).

Frey, Oliver (2007): *Sozialintegrative Stadtpolitik in Frankreich als Antwort auf städtische Jugendpolitik*. In: Reutlinger, Christian/Mack, Wolfgang/Wächter, Franziska/Lang, Susanne (Hg.) (2007): *Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 138-158.

Heimbach-Steins, Marianne (2016): *Grenzverläufe gesellschaftlicher Gerechtigkeit: Migration – Zugehörigkeit – Beteiligung*. Paderborn: Schöningh (Gesellschaft – Ethik – Religion 5).

IOM – International Organization for Migration (2015): *Migrants and Cities: New Partnerships to Manage Mobility* (World Migration Report 2015). Geneva.

Lesch, Walter (2015): *Städte als Ort der Inklusion und der Exklusion*. In: *Amosinternational* 9, H.3, S. 26-34.

LS – Papst Franziskus (2015): Enzyklika *Laudato si'* über die Sorge für das gemeinsame Haus. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 202).

Netzwerk Migration in Europa e.V. (2015): *Großstädte sind Zuwanderungsmagneten*. Berlin. Online verfügbar unter: <http://www.migration-info.de/artikel/2015-06-11/grossstaedte-sind-zuwanderungsmagneten/> (zuletzt geprüft am 20.09.2016).

Niemeyer, Oscar (2013): *Wir müssen die Welt verändern*. Hg. von Alberto Riva. München: Kunstmann.

Riege, Mario/Schubert, Herbert (2005): *Zur Analyse sozialer Räume – ein interdisziplinärer Integrationsversuch*. In: Riege, Marlo/Schubert, Herbert (2005): *Sozialraumanalyse: Grundlagen – Methoden – Praxis*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-70.

Roller, Franziska (2001): Stadt, Angst, Lust: eine ethnographische Studie zum Alltag von Frauen in einer Stadt. Tübingen: Eigenverlag.

Scheppe, Wolfgang/Bellei, Veronica/Vettese, Angela/Agamben, Giorgio (2009): Migropolis. Venice/Atlas of a Global Situation. 2 volumes. Ostfildern: Hatje Cantz.

Schneider, Martin (2012): Spatial turn in der christlichen Sozialethik: ein Plädoyer. In: Heimbach-Steins, Marianne (Hg.): Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 53: Sozialethik für eine Gesellschaft des langen Lebens. Münster: Aschendorff, S. 221-244.

Shevky, Eshref/Bell, Wendell (2005): Sozialraumanalyse. In: Riege, Marlo/Schubert, Herbert (2005): Sozialraumanalyse: Grundlagen – Methoden – Praxis. 2. Aufl. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 79-96.

Teltemann, Janna/Dabrowski, Simon/Windzio, Michael (2015): Räumliche Segregation von Familien mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten: Wie stark wirkt der sozioökonomische Status? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 67, S. 83-103.

UN DESA – United Nations Department of Economic and Social Affairs (2013): International Migration Report 2013. Online verfügbar unter: http://www.un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/migration/migrationreport2013/Full_Document_final.pdf (zuletzt geprüft am 21.09.2016).

UN DESA – United Nations Department of Economic and Social Affairs (2015): World Economic Situation and Prospects 2015. Online verfügbar unter: http://www.un.org/en/development/desa/policy/wesp/wesp_archive/2015wesp_full_en.pdf (zuletzt geprüft am 21.09.2016).

UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees (2015): Global Trends 2015. Online verfügbar unter: <http://www.unhcr.de/service/zahlen-und-statistiken.html> (zuletzt geprüft am 21.09.2016).

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hg.) (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Hauptgutachten. Online verfügbar unter: http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/hg2016/wbgu_hg2016.pdf (zuletzt geprüft am 21.09.2016).

WMR – World Migration Report (2015): Immigrant Entrepreneurship in Cities. Online verfügbar unter: https://www.iom.int/sites/default/files/our_work/ICP/MPR/WMR-2015-Background-Paper-KMarchand-MSiegel.pdf (zuletzt geprüft am 23.09.2016).

WWAP – United Nations World Water Assessment Programme (2015): The United Nations World Water Development Report 2015: Water for a sustainable world. Online verfügbar unter: <http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002318/231823E.pdf> (zuletzt geprüft am 21.09.2016).

Die Autorinnen

Judith Urselmann, studiert Katholische Theologie, Philosophie und Christliche Sozialwissenschaften, Studentische Hilfskraft im Prodekanat für Internationalisierung, Forschung und Wissenschaftlichen Nachwuchs der Katholisch-Theologischen Fakultät der WWU Münster

Marianne Heimbach-Steins, Dr. theol.; Direktorin des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der WWU Münster

Weitere Informationen:

<http://www.uni-muenster.de/FB2/personen/ics/heimbach-steins.html>

Sozialethische Arbeitspapiere des ICS

Bisher erschienen:

Arbeitspapier Nr.1:

Heimbach-Steins, Marianne/Enxing, Julia/Görtz-Meiners, Vanessa/Krause, Felix/Riedl, Anna Maria (2015): Voraussetzungen, Ansätze und Schwierigkeiten der Vermittlung von kirchlicher Lehre und christlicher Praxis: eine theologische Stellungnahme zur Außerordentlichen Bischofssynode zur Familie 2014.

Arbeitspapier Nr.2:

Heimbach-Steins, Marianne (2015): Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik: ethische Prüfsteine.

Arbeitspapier Nr.3:

Heimbach-Steins, Marianne/Stockmann, Nils (2015): „Pope for Planet“?: Laudato Si‘ als „dringliche Einladung zum Dialog“ (LS 14) und das weltweite Echo auf die Enzyklika.